

Versöhnung durch Demokratisierung?

Zum Beitrag von Religion und Kirche für Demokratisierung und *reeducation* im Westen Deutschlands nach 1945

Vortrag am Fachbereich Evang. Theologie der Universität Hamburg

3. Februar 2009

Dr. Heike Springhart, Heidelberg

nicht zur Veröffentlichung bestimmtes Vortragsmanuskript

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung nach Hamburg und die Möglichkeit, hier heute Abend diesen Vortrag zu halten, in dem es um die Frage nach dem Zusammenhang von Versöhnung und Demokratisierung geht und dies am Beispiel der amerikanischen Demokratisierungspolitik in Westdeutschland nach 1945 entfaltet. Der Vortrag basiert auf Forschungen, die ich im Rahmen meiner Dissertation in Heidelberg unternommen habe.

Also: in medias res.

0. Einleitung

Im Feuilleton der von der amerikanischen Militärregierung herausgegebenen Neuen Zeitung ist im Januar 1946 zu lesen: „Bei dem neuen Versuch, unser Vaterland wieder aufzubauen, bei dem Wettlauf mit dem Frühling und dem Sommer, die es leichter haben als wir, kommt es nämlich nicht nur auf Ziegelsteine, Gips, Baumwolleneinfuhr, Saatkartoffeln, Sperrholz, Nägel, Frühgemüse und Lohnsteuerzuschläge an, sondern auf unseren Charakter. Wir müssen unsere Tugenden revidieren. Für die Neubeschaffung wertvoller und wertbeständiger Eigenschaften brauchen wir keine Einfuhrgenehmigungen und keine Auslandskredite, obwohl Tugenden die wichtigsten Rohstoffe für den Wiederaufbau eines Landes sind.“ Geschrieben von einem gewissen Erich Kästner, der nach dem Krieg für eben diese Zeitung arbeitete und mit seinen Worten das zum Ausdruck brachte, was die Reeducation und den Demokratisierungsprozess nach 1945 insbesondere in der Auffassung der amerikanischen Besatzungsmacht intendierte. Es ging um eine Neubelebung und kritische Auseinandersetzung mit ethi-

schen und moralischen Fragen, es ging um die Wiedergewinnung der Tugenden, welche eine demokratische Gesellschaft prägen.

Verantwortungsbewusstsein und kritische Urteilskraft des Einzelnen gehörten und gehören ebenso dazu wie die Fähigkeit, pluralistische Strukturen kreativ, kritisch und konstruktiv zu gestalten. Religion und Kirchen wurden von den Planern der Reeducation und von den diese begleitenden Besatzungsbehörden als „eines der wichtigsten Instrumente der Reorientation der deutschen Gesellschaft“ betrachtet.

Vis-à-vis der Kirchen hoffte man, der Entwicklung eines stabilen demokratischen Deutschland Impulse zu verleihen, die in der Zeit seit 1945 als „Umbruch zu einer radikalisierten Modernität“ (Marshall Knappen) Realität geworden sind. Wie konnte dies angesichts der gerade abziehenden Rauchschwaden der von Deutschland ausgehenden Barbarei bewerkstelligt werden? Als „freundliche Feinde“ zeigten sich die amerikanischen Besatzer geradezu „beschämend fair und unverdient konstruktiv“ und ermöglichten einen Demokratisierungsprozess, in dessen Kontext auch Theologie, Religion und Kirchen zu einer Neuorientierung herausgefordert waren, die die Gestaltungspotentiale derselben in der und für die Gesellschaft neu entdecken half.

Auf welchem Weg und vor welchen Hintergründen war diese Demokratisierung gedacht?

Inwiefern kann von einer Demokratisierung durch Versöhnung gesprochen werden und was bedeutet das dann – jenseits der historischen Entwicklungen – für unsere Überlegungen über Versöhnung durch Demokratisierung?

Gleich zu Beginn möchte ich festhalten, dass die Frage nach Versöhnung und die diese bedingenden Faktoren in theologischer Perspektive insofern kritisch gestellt werden muss als echte Versöhnung vermutlich eher ein Hoffnungsgut, denn ein politisches Ziel darstellt. Ein Hoffnungsgut allerdings, an dem sich politische Entscheidungen zu bewähren und zu orientieren haben. Für die hier im Mittelpunkt stehende Epoche – und vielleicht auch über diese hinaus steht die Frage nach den Möglichkeiten gelingender *Demokratisierung* im Zentrum. Diese wiederum ist ohne versöhnende Impulse nicht zu gewinnen – so die These und die Basisannahme der Reeducationpolitik.

Mein Vortrag wird diesen Fragen im Folgenden nun in der Weise nachgehen, dass zunächst in aller gebotenen Kürze die Hintergründe der Demokratisierung als Reeducation entfaltet werden. In einem zweiten Teil soll es dann um die der Religion zugedachte Rolle in diesem Demokratisierungsprozess gehen, ehe dann mit den Überlegungen des Harvard-Soziologen Talcott Parsons ein Modell präsentiert wird, das sowohl für die Konzeptionierung der Reeducation höchst bedeutsam war, das aber auch Perspektiven auf die Frage nach Versöhnung und Demokratisierung eröffnet.

Im Anschluss möchte ich Ihnen zwei Felder präsentieren, in denen deutlich wird, wie Demokratisierung durch Versöhnung praktisch gedacht war und welche Konsequenzen dies nach sich zog: die praktisch-diakonische Hilfe und die Reintegration der deutschen Kirchen in die internationalen Organisationen.

Den Abschluss sollen dann wenige systematisch-theologische Überlegungen zum Zusammenhang von Demokratisierung und Versöhnung bilden.

1. Demokratisierung als Reeducation

In den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde in Deutschland Wirklichkeit und bestimmender Bestandteil der Besatzungspolitik, insbesondere der amerikanischen, was US-Vizepräsident Henry Wallace bereits in einer Radioansprache zum Jahreswechsel 1942/43 in die politische Diskussion um die seinerzeit noch zukünftige Behandlung der Kriegsgegner Deutschland und Japan gebracht hatte. Wallace forderte für die Zeit nach dem Krieg: *„We must de-educate and re-educate these peoples for Democracy.“*

Der Kern des nach 1945 beginnenden und von den Besatzern intendierten Demokratisierungsprozesses, der mit dem nicht unproblematischen Begriff der „Reeducation“ bezeichnet wurde, war die Entwicklung und Förderung einer Gesellschaft, in der Pluralismus gestaltet und gelebt wird und in der es einen Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zunächst des Inlands und später - im Rahmen von Austauschprojekten insbesondere im universitären und schulischen Bereich - auch mit Menschen und Gruppen des Auslands geben sollte.

Dieser Demokratisierungsprozess der Jahre nach 1945 stand laut dem Bericht einer amerikanischen Erziehungskommission unter der Federführung des amerikanischen Theologen Rein-

hold Niebuhr vom Herbst 1946 vor dem Paradox, dass *„ein Volk den Geist und die Methoden der Selbstregierung unter Bedingungen lernen soll, nach denen letzte und endgültige Entscheidungen den Besatzungsmächten vorbehalten sind.“*

Trotzdem und mit allen auch selbstkritischen Vorbehalten bestand das Ziel der Reeducation darin, den Übergang vom totalitären und pluralismusfeindlichen System des Nationalsozialismus zu einem demokratischen Deutschland zu gestalten. Dabei orientierten sich die Methoden der Arbeit der mit der Aufgabe der Reeducation in besonderem Maß beauftragten Abteilung für *Education and Religious Affairs* an einem „grass roots approach“.

In der Planungsphase der frühen 40er Jahre bereits hatte ein Memorandum des Psychiaters Richard Brickner (*Is Germany Incurable?* 1943) den entscheidenden Anstoß für dieses Vorgehen gegeben. In diesem Memorandum hatte Brickner die Struktur der deutschen nationalsozialistischen Gesellschaft mit den Strukturen einer paranoiden Persönlichkeit verglichen und als Konsequenz aus dieser Analyse eine der Paranoia-Behandlung analoge „Therapie“ für die postnationalsozialistische deutsche Gesellschaft gefordert.

Der wesentliche Punkt hierbei besteht im Ansatz der Therapie bei den gesunden Anteilen, den sogenannten *clear areas*, der Persönlichkeit bzw. der Gesellschaft, die es auszubauen und zu fördern gilt, um eine Gesundung des gesamten Persönlichkeits- bzw. Gesellschaftswesens zu erreichen. Als einen in diesem Sinne „gesunden“ Bereich betrachtete man die Religion und die Kirchen, von denen man entscheidende Impulse für die Entwicklung der neuen deutschen Gesellschaft erwartete und erhoffte.

Im Zentrum der Reeducation stand die Überzeugung, dass Demokratie erst in zweiter Linie eine Regierungsform darstelle, in erster Linie sei sie eine „Lebensform“. Im Verlauf des Demokratisierungsprozesses müsse, so die Berichterstatter der bereits genannten Erziehungskommission, *„die neue Demokratie ihren Geist der Gegenseitigkeit tief hineinsenken in die Familie; er muss den Spielplatz der Jugend durchdringen, hoch hinauf in die Kirche reichen, die einfachsten Lebensvorgänge gestalten.“*

Demokratie wurde auch als „Geist der Menschlichkeit“ und damit sehr weit verstanden und kommt so zumindest in die Nähe einer (zivil-)religiösen Bestimmung. Mit dieser Bestimmung ist zugleich eine begriffliche und inhaltliche Nähe zur Vorstellung von Versöhnung als Basis

für Demokratisierung gegeben. Demokratie könne letztlich nur durch das Leben in einer Demokratie gelernt werden, so dass einerseits der Entwicklung von Austauschprogrammen erhebliches Gewicht zukam und andererseits jeder einzelne Besatzungssoldat dazu aufgefordert war, sich als ein Vorbild zu verstehen, an dessen Verhalten deutlich werden sollte, wie das konkrete Leben im demokratischen Geist aussehen sollte. So war im *Pocket Guide to Germany* – diesem **[zeigen!]** kleinen Heft, das jeder Soldat zur Vorbereitung auf seinen Dienst in Deutschland bekam – zu lesen: „*Within the limits of your instructions against fraternization and intimacy, you can by your conduct give them a glimpse of life in a Democracy where no man is master of another, where the only limit of success is a man's own ability.*“

In einem 1944 veröffentlichten *Handbook* waren die Prinzipien der Besatzungspolitik festgeschrieben worden, insbesondere die sogenannte *indirect rule*, welche die Aktivitäten der Abteilung für *Education and Religious Affairs* auf unterstützende und beratende Tätigkeiten beschränkte und das Initiieren eigener Programme in den Hintergrund stellte.

Wie aber sah nun die Bedeutung der Religion für diesen Demokratisierungsprozess aus? Welche konkreten Konsequenzen hatte der Ansatzpunkt bei diesem *clear area* der deutschen Gesellschaft?

2. Religion in der Reeducation

2.1 Religionsfreiheit als Prinzip

Die Durchsetzung von Religionsfreiheit gehörte – neben der Ausrottung von Nationalsozialismus und Militarismus – zu den obersten Zielen der Besatzungspolitik. Die Wiederherstellung der Möglichkeiten freier Religionsausübung für jede religiöse Gruppe war die Konsequenz daraus. Dabei kam es gelegentlich auch vor, dass die etablierten Kirchen von den Besatzungsmächten dazu aufgefordert wurden, sich im Sinne der der Religionsfreiheit ihrerseits tolerant gegenüber Freikirchen und kleineren religiösen Gruppierungen zu verhalten. Innerhalb der einzelnen Kirchen und Religionsgemeinschaften, deren Strukturen durch die sogenannte „Gleichschaltung“ jeglicher Differenzierung enthoben worden waren, lag der Fokus auf der Gestaltung pluraler Formen und einer Arbeit, die auch innerhalb einer Kirche verschiedene religiöse Formen nebeneinander bestehen lassen kann.

2.2 Religiöser Pluralismus als Konfliktpotential

Für den Weg der Demokratisierung wurde es als zentral betrachtet, den Umgang mit religiöser Vielfalt und dem damit verbundenen Konfliktpotential aktiv zu gestalten – hatten die Entwicklungen im nationalsozialistischen Deutschland doch gerade bewiesen, dass die mangelnde Fähigkeit dazu zum Totalitarismus führen kann.

Gelingendes Zusammenleben in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft ist also von gelingender Gestaltung des Pluralismus, insbesondere dessen der Religionen bzw. verschiedener religiöser Formen abhängig. Damit ist eine „Versöhnung nach innen“ impliziert, die religiöse und gesellschaftliche Pluralität nicht als zu vereinheitlichende Gefahr betrachtet, sondern die diese Pluralität im konstruktiv belebenden Austausch gestalten will. Darauf wird später noch einmal einzugehen sein. Zugleich bildete die enge Verknüpfung von Religion und Ethik den Hintergrund für diese Überzeugung, auf die ich im folgenden Abschnitt eingehen werde.

2.3 Religion als Quelle moralischer und spiritueller Ressourcen

Für die Reeducation und die Rolle der Religion auf dem Weg der Demokratisierung war die Bestimmung der Religion als Quelle moralischer und spiritueller Ressourcen entscheidend. Damit wurde die Funktion der Religion vor allem als eine ethische bestimmt: in den chaotischen und an Orientierung armen Zeiten nach dem Ende des Nationalsozialismus sollten die Menschen in den Kirchen einen stabilen Ort finden, der bei allem Umbruch Sicherheit und zugleich die neuen Werte und damit Orientierung vermitteln sollte. Die enge Verknüpfung von Religion und Moral auf der Basis eines funktionalen Religionsbegriffs verdankt sich zu großen Teilen der prägenden Gestaltung der Deutschlandplanungen durch den Harvard-Soziologen Talcott Parsons, auf den ich gleich noch näher eingehen werde.

Hinsichtlich der Religion kann man kurz zusammengefasst man sagen, dass die Bemühungen um Demokratisierung von der Überzeugung geleitet waren, dass sich in der Religion die Fundamente für den Geist der Menschlichkeit finden lassen, der als eine adäquate Beschreibung für die „Lebensform Demokratie“ gebraucht wurde.

Die Planer der Reeducation waren geleitet von der Hoffnung, dass sich Demokratie in der deutschen Gesellschaft quasi in konzentrischen Kreisen ausbreiten könnte, wenn in ver-

schiedenen Zentren – in unserem Fall der Kirche als dem Ort gelebter Religion – Demokratie ihren Platz gefunden hat. So erhoffte man sich auf dem Weg der verschiedenen Berührungsfelder von Kirche und Staat (also z.B. dem weiterhin gestatteten staatlichen Einzug der Kirchensteuern und sonstiger Finanzbeziehungen, aber auch dem Schulwesen und Religionsunterricht usw.) demokratisierende Einflüsse der Kirche auf den Staat.

3. Demokratisierung durch Versöhnung statt Rache – Talcott Parsons

Um aus soziologischer Perspektive Zugänge dafür zu öffnen, die Situation in Deutschland als ein primär kulturelles – nicht in erster Linie politisches – Problem zu verstehen, wurde der Harvard-Soziologe Talcott Parsons zu der von Richard Brickner namens verschiedener psychiatrischer Organisationen organisierten Konferenz des *Joint Committee on Post-War Planning* im März 1944 eingeladen. Sein Memorandum zum Thema „The Problem of Controlled Institutional Change“ formulierte Impulse für eine gelenkte Demokratisierung Deutschlands und markierte einen prominenten Widerspruch gegen die zeitgleich geführten Diskussionen um den Morgenthau-Plan, der eine Deindustrialisierung und Agrarisierung Deutschlands forderte.

Mit seinem Memorandum und der zwischen März und Oktober 1945 ausgeübten Beratertätigkeit bei der *Foreign Economic Administration Agency* (FEA) wurden Parsons' soziologische Analysen wegweisend für die Reeducationpolitik.

Der in einem religiös geprägten, liberalen Elternhaus aufgewachsene Talcott Parsons kam nach einem Studienaufenthalt an der *London School of Economics* 1925 durch ein Austauschprogramm zum Studium an die Universität Heidelberg.

Dort setzte er sich intensiv mit dem Denken Max Webers, insbesondere dessen Wissenschaftslehre und Protestantismusstudie, auseinander. Außerdem studierte er bei Karl Jaspers, Alfred Weber und Karl Mannheim. So kannte Parsons Deutschland und das universitäre Leben dort aus eigener Erfahrung. 1931 übernahm er einen Lehrauftrag am *Harvard Department of Sociology*. Wie die Heidelberger Soziologin Uta Gerhardt anhand bislang nicht veröffentlichten Materials aufweisen konnte, bildete die Beschäftigung mit dem Phänomen Nationalsozialismus den Schwerpunkt seiner soziologischen Arbeit zwischen 1938 und 1945. In Radioansprachen, Vorträgen, Reden und Memoranden für die Nachkriegsplanungen, so-

wie in insgesamt zehn Aufsätzen entfaltete Parsons seine Überlegungen zur Analyse der Geschehnisse in Deutschland und zu möglichen Maßnahmen zur Überwindung des Nationalsozialismus nach dem Ende des Krieges. Die Frage nach der Rolle von Religion in der zeitgenössischen Gesellschaft spielte insbesondere in der Analyse des Nationalsozialismus eine wichtige Rolle, aber auch für die Überlegungen zum postnationalsozialistischen Wandel war diese Frage von Bedeutung.

Diese Überlegungen zur Soziologie des Nationalsozialismus waren eingebettet in die intensive zeitgenössische Diskussion in sozialwissenschaftlichen Zirkeln der USA, die seit 1933 versuchten, die deutsche „antidemokratische Revolution“ zu verstehen. Bei der Auseinandersetzung Parsons' mit dem Nationalsozialismus lassen sich zwei Phasen beobachten: die ersten Veröffentlichungen zu dieser Frage konzentrieren sich auf die Analyse und die Suche nach Erklärungs- und Deutungsmustern für das Aufkommen des Nationalsozialismus. Seit 1942 treten auf dieser Basis verstärkt Überlegungen für eine zukünftige Behandlung Deutschlands durch die Alliierten auf dem Weg zu einer Demokratisierung in den Mittelpunkt.

Im August 1940 wurden den Bemühungen um Information der amerikanischen Öffentlichkeit über das Bedrohungspotential des Nationalsozialismus durch die Gründung des „*Concil of Democracy*“ in New York unter dem Vorsitz Carl J. Friedrichs, eines Kollegen von Parsons in Harvard, auf institutionell organisierte Weise Rechnung getragen. Das Gremium verfolgte das erklärte Ziel, der amerikanischen Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer Bekämpfung des Faschismus verständlich zu machen, insbesondere durch die Erklärung der Merkmale der Demokratie, die Deutschland von den USA unterschieden. Talcott Parsons gehörte zum „*Committee of Correspondence*“ des Councils und hatte die Aufgabe, Informationen und Untersuchungen von Forschungsorganisationen und unabhängigen Wissenschaftlern des ganzen Landes zu sammeln, zusammenzufassen und zu ordnen und diese dann Bürgergruppen zur Verfügung zu stellen. Außerdem wurde er gebeten, selbst ein Memorandum zu schreiben, in dem er die Notwendigkeit der amerikanischen Demokratie entfaltete, sich gegen das Unterlaufenwerden durch die psychologische Kriegsführung Deutschlands zur Wehr zu setzen.

Bereits in seinem 1934/35 entstandenen Werk „The Structure of Social Action“ hatte Parsons die Notwendigkeit der Etablierung einer moralischen Ordnung im Dienst von Freiheit und Stabilität der demokratischen Gesellschaft betont und in diesem Zusammenhang im Anschluss an Émile Durkheims Arbeiten die gesellschaftlichen Zusammenhalt fördernden Kräfte der Religion herausgearbeitet. Institutionell wendete er sich dieser Frage verstärkt im Sommer 1940 zu, als er den Vize-Vorsitz des *Committee on Morale and National Unity* übernahm, einer Gruppe, der auch Edward Y. Hartshorne angehörte und die Teil der gleichzeitig gegründeten *American Defense Harvard Group* war. Diese verfolgte das Ziel, die Kompetenzen der in Harvard angesiedelten Professoren und Studenten zu bündeln und in den Dienst der Demokratie gegen die totalitäre Bedrohung zu stellen; sie arbeitete bis 1945.

Den Übergang von den analytischen, auf die Rolle der USA fokussierten Überlegungen hin zu Fragen der Reintegration Deutschlands in die demokratische Welt markierte eine von Parsons und Hartshorne im Rahmen der Harvard-Gruppe zwischen Februar und April 1941 organisierte Konferenz, die in Diskussionen über die deutsche Gesellschaftsstruktur einen Schritt über die Analyse und Dokumentation der Geschehnisse hinausgehen wollte. Die Teilnehmer der Konferenz beschäftigten sich mit der Frage, wie die Expansionspolitik Deutschlands gestoppt werden und so der Nationalsozialismus überwunden werden könnte, so dass Deutschland zu einer „unauffälligen“ Nation in der Welt werden würde.

Dabei ging es auch um die Einflüsse von Kirchen und Religion auf diesen Prozess, indem im Rückbezug auf die Webersche Charismatheorie das Thema des antireligiösen Radikalismus im Nationalsozialismus behandelt wurde. Den antiisolationistischen Argumenten Parsons' und seiner Mitstreiter wurde durch die Kriegserklärungen Deutschlands und Italiens an die USA vom 11. Dezember 1941 militärisch recht gegeben, der Schock von Pearl Harbor schließlich widerlegte den Isolationismus schlagend.

Seit der ersten Jahreshälfte 1942 begann Parsons konkret und ernsthaft über einen zukünftigen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg nachzudenken. In einer Radioansprache vom 21.05.1942 wendete er sich zunächst einer Diskussion der Frage zu, ob die nationalsozialistische Bewegung vom deutschen Volk unterschieden werden könne, ob man also von einem „anderen Deutschland“ reden könne. Dann entwarf er ein aus fünf Punkten bestehendes Programm für die Nachkriegspolitik. Dabei formulierte er zunächst die später in der

Reeducation wirksam gewordene Maxime, dass trotz der amerikanischen Besatzung und militärischen Überwachung des Wandels in Deutschland die Hauptverantwortung für eine Demokratisierung in deutschen Händen liegen sollte.

Für die Zeit nach dem Sieg der Alliierten sollte die Politik in Deutschland auf ökonomische, gesellschaftliche und politische Stabilisierung gerichtet sein, um zu vermeiden, dass wiederum die fehlende Bewältigung schnellen Wandels zur Radikalisierung führt, wie Parsons es als Folge der mit der Industrialisierung verbundenen Transformationsprozesse diagnostiziert hatte. Um die Abwehrreaktionen der Deutschen möglichst gering zu halten und um ihrem Überlegenheitsgefühl gegenüber den Amerikanern möglichst wenig Anhalt zu bieten, sollte jeder „un-deutsche“ Eindruck der Militärregierung vermieden werden.

Parsons forderte, dass ein besonderer Schwerpunkt auf der moralischen Position der Vereinten Nationen liegen sollte. Dieser moralische Standpunkt sollte auf christlichen Werten basieren, die Parsons als eine trotz allem noch vorhandene Brücke zu den Deutschen betrachtete. Auf dieser Basis sollte für die Themen Schuld und Scham Raum geschaffen werden, die es ermöglichen sollten, die Verbrechen als von den Nazis begangen und von der Bevölkerung toleriert zu benennen und zu bekennen.

Den Fokus wollte Parsons dabei nicht auf Rache gelegt wissen, sondern darauf, das Bewusstsein für moralische Verantwortung zu wecken. Er plädierte in seinem Ansatz für ein versöhnendes statt rächendes Denken seitens der Alliierten.

Dabei schätzte er 1943 die Kirche als den Ort ein, in dem dieses Bewusstsein wach sei, auch wenn er es angesichts des Mittelstands, sowie der Haltung der Jugendlichen und der Frauen, die in seinen Augen von der nationalsozialistischen Idee begeistert waren, zu diesem Zeitpunkt für voreilig hielt, mit einem baldigen Zusammenbruch des Nationalsozialismus zu rechnen.

Im Lauf der Beschäftigung Parsons' mit dem Phänomen des Nationalsozialismus und den Möglichkeiten seiner Überwindung hatten sich wesentliche Aspekte herauskristallisiert, die in den konkreten Maßnahmen nach 1945 wiederkehrten. Für die Planung und Durchführung der Reeducation in Deutschland wurde jedoch das Memorandum zur von Richard Brickner organisierten Konferenz am wirkmächtigsten. Auf dieser vom *Joint Committee on Post-War Planning* verantworteten Tagung wurde das Thema einer zukünftigen Behandlung Deutsch-

lands unter drei Fragen behandelt. Erstens ging es darum, ob eine Gesellschaft durch Einfluss und Auflagen von einer ausländischen Macht „geheilt“ werden könne. Zweitens stand das Verhältnis des Individuums zu den Institutionen im Zentrum. Reicht der Austausch zwischen dem Individuum und der Gesellschaft aus, so dass ein über gesellschaftliche Institutionen angestrebter Einfluss ähnlich effektiv ist wie Veränderungen in der Sozialisation mittels veränderter pädagogischer Methoden? Und drittens stand auch hier die Frage nach der Struktur des „deutschen Charakters“ auf der Agenda: Kann man von der Existenz eines solchen, über die Jahrhunderte unveränderten Charakters ausgehen und muss dieser demzufolge selbst Gegenstand des gelenkten gesellschaftlichen Wandels werden?

Talcott Parsons stellte sein Konzept der Demokratisierung Deutschlands in einem Memorandum mit dem Titel „The Problem of Controlled Institutional Change“ vor, der im Februar 1945 veröffentlicht wurde. Hartshorne, der inzwischen der *Psychological Warfare Division*, SHAEF, angehörte, sorgte dafür, dass der Text einer großen Anzahl derer, die für die Nachkriegspolitik in den USA und Deutschland verantwortlich waren, zugänglich wurde. Zwischen März und Oktober 1945 schließlich übte Parsons selbst eine Beratertätigkeit bei der *Foreign Economic Administration* (FEA) aus, in deren Aufgabenbereich Maßnahmen zur Entwaffnung und Deindustrialisierung fielen.

Wenden wir uns nun von den konzeptionellen Überlegungen im Rahmen der amerikanischen Planungen der Demokratisierung Deutschlands hin zu zwei Bereichen, an denen exemplarisch deutlich wird, wie der Ansatz einer Demokratisierung mit versöhnendem Antlitz konkret aussah.

4. Versöhnung durch praktisch-diakonische Hilfe

In der unmittelbaren Not nach dem Krieg kam der praktisch-diakonischen Hilfe zentrale Bedeutung zu. Zugleich verband sich aber auch mit ihr die Hoffnung auf demokratisierende Impulse. Für die Linderung der Not der Jahre nach Kriegsende aus Selbsthilfe und zur Koordinierung der Hilfe, die Deutschland bald in Form so genannter Liebesgaben aus dem Ausland erhielt, wurde auf der Kirchenversammlung in Treysa im August 1945 das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland auf Initiative und unter der Leitung von Eugen Gers-

tenmaier gegründet. Dieses stellte für die Besatzungsbehörden einen wichtigen Kooperationspartner dar, der half, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass demokratisierende Maßnahmen eine Chance hatten.

Auf diesem Gebiet wurde es besonders bedeutsam, dass mit der Evangelischen Kirche eine institutionelle Größe fortbestand, die als Bindeglied zwischen der Bevölkerung und der Militärregierung fungieren konnte und so gleichzeitig den Boden für die Reeducation schaffen konnte. Insofern stellt die Arbeit des Evangelischen Hilfswerks eine grundlegende Voraussetzung für den Demokratisierungsprozess dar, ohne dabei unmittelbar konzeptionelle Inhalte zu vermitteln.

Aus dem Grundsatz der Selbsthilfe resultierte auch ein auf das karitative Handeln angewandtes Subsidiaritätsprinzip, das sich darin realisierte, dass erst dann um Hilfe von außen gebeten werden sollte und dürfte, wenn alle Möglichkeiten der Selbsthilfe ausgeschöpft wären. Diese Grundhaltung führte zu einem großen Glaubwürdigkeits- und Achtungsgewinn bei den ausländischen Institutionen und Gruppen, die sich schon bald nach Kriegsende an der Nothilfe für Deutschland beteiligten.

Das zunächst beim *Allied Control Council* geltende Prinzip, dass alliierte Wohltätigkeitsorganisationen nur Ausländern helfen durften – dabei hatte man vor allem die 9 Millionen *Displaced Persons* im Blick – wurde schon bald durchbrochen. Die erste solche Hilfsaktion waren Speisungen für 100 000 Kinder in den Ostseestädten, die vom Schwedischen Roten Kreuz initiiert und durchgeführt wurden. Von dieser zweifellos initialzündenden Einzelaktion des Roten Kreuzes abgesehen, waren es vor allem die Kirchen, die einen Draht und mehr oder weniger öffentlich einsehbare Kanäle in das Ausland besaßen und die nun als Brücke zwischen den einst verfeindeten Ländern wirken konnten.

Paradigmatisch für die noch vor allen alliierten Hilfsaktionen einsetzenden Bemühungen der Kirchen ist die Botschaft, die der Vertreter der amerikanischen Sektion des lutherischen Weltkonvents beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf, S. C. Michelfelder bereits am 27. Juli 1945 an die Kirchen in Deutschland richtete. Michelfelder, der an den Beratungen für ein Wiederaufbau-Komitee beteiligt war, spricht im Namen der „lutherischen Brüder in Amerika“ und betont die Solidarität mit den deutschen Glaubensgenossen: „Unsere Herzen schlagen Euch in herzlicher Teilnahme entgegen.“

Im Juli 1945 existierten bereits fertig ausgearbeitete Pläne für Deutschland zugeeignete Hilfsaktionen seitens der amerikanischen Sektion des lutherischen Weltkonvents, die zum damaligen Zeitpunkt jedoch Beschränkungen durch die alliierte Besatzungsbehörde unterlagen. Michelfelder bringt bereits zu diesem Zeitpunkt seine später zur Realität gewordene Hoffnung zum Ausdruck, dass ein wieder erwachendes Bewusstsein für die „Glaubensverbundenheit, die einst so stark war [...] Millionen von Dollar als Spenden[...]“ zur Folge haben würde.

Zu einer Zeit, als der ÖRK sich noch *in process of formation* befand, wurde so durch die praktische Hilfstätigkeit ein ökumenisches Netz unter den Kirchen geschaffen, das seine versöhnende Kraft insbesondere dadurch unter Beweis stellte, dass sich – neben den Kirchen der Schweiz, Brasiliens, Kanadas, Chiles, Australiens und Argentiniens – auch Kirchen jener Länder beteiligten, die während des Krieges unter deutscher Besetzung gelitten hatten. Vor allem die Niederlande und Norwegen sind hier zu nennen.

Um die Versandkosten niedrig zu halten und um die Hilfe zu koordinieren, hatten sich die helfenden Kirchen und Verbände der USA am 19. Februar 1946 in Washington zu einem *Council of Relief Agencies Licensed for Operation in Germany* (CRALOG) zusammengeschlossen. Daneben entstand die bis heute als Chiffre für die Hilfsaktionen geltende CARE-Aktion (*Cooperative for American Remittances to Europe*), die zunächst auch von großen kirchlichen Verbänden gegründet wurde, dann aber immer mehr zu einer selbständigen, konfessionell nicht gebundenen Organisation wurde. Auch beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf gab es ein *Department of Inter-Church Aid and Service to Refugees*. Als Ansprechpartner auf deutscher Seite diente den ausländischen Kirchen das Evangelische Hilfswerk, das aufgrund seines kirchlichen, „also unpolitischen und vertrauenswürdigen Charakters und wegen seiner raschen, ganz informellen, mutigen Praxis als eines zuverlässigen Partners und Brückenkopfs für Annahme, Lagerung, Verteilung und Verwendung“ besonderes Ansehen genoss.

Die Nothilfe des Auslands und die Aufgabe des Hilfswerks bestand in verschiedenerlei Kooperationen. Von besonderer Bedeutung war der Paketdienst des Hilfswerks, der seit 1946 arbeitete und der sogenannte „Standard-Liebesgaben“ vermittelte. Diese Pakete hatten jeweils einen standardisierten Inhalt und waren nicht an einen spezifizierten Empfänger adressiert. Für die ausländischen Organisationen bildete die Kooperation mit dem Hilfswerk, das in

alle vier Besatzungszonen vermittelte, die Garantie dafür, dass trotz der damaligen Transportverhältnisse eine sichere Auslieferung der Pakete gewährleistet war.

Gemeinsam mit anderen freien Wohlfahrtsverbänden, zu denen die katholische Caritas und die Arbeiterwohlfahrt gehörten, war das Hilfswerk auch in die Verteilung der amerikanischen CARE-Pakete eingeschaltet. 34% der CARE-Kreisausgabestellen in der amerikanischen Zone waren von Mitarbeitern des Hilfswerks besetzt, desweiteren fungierten die – selbst als Teil der Nothilfe errichteten – Not- bzw. Barackenkirchen als Ausgabestellen für Liebesgaben- und CARE-Pakete. Neben der organisatorischen Frage der funktionierenden Institution Kirche hatte diese Verteilung der Hilfspakete durch eine kirchliche Stelle einen weiteren vertrauensbildenden Effekt: durch die Hilfsgüterverteilung besetzten die Kirchen ein Feld, das die Not der Menschen linderte, ihre Arbeit wurde auf diese Weise positiv konnotiert.

Dass dieser Effekt von den Planern der Besatzungs- und später auch Hilfspolitik bewusst intendiert war, lässt sich zwar nicht explizit an Dokumenten belegen, die Grundintention jedoch, die die Demokratie tragenden Werte durch die Kirche vermittelt zu wissen, legt den Schluss nahe, dass die an den fundamentalen Bedürfnissen orientierte Motivation des Kontakts zur Kirche, ein zumindest erwünschter Nebeneffekt war.

Lange bevor im Sommer 1947 mit dem Marshall-Plan die Überzeugung manifest wurde, dass sich eine Demokratisierung auf Dauer nur unter einem Mindestmaß wirtschaftlicher Stabilität und Prosperität würde etablieren können, wurde dieselbe in der Arbeit der freien Wohltätigkeitsverbände in Deutschland und deren Unterstützung durch internationale, insbesondere amerikanische Schwesterorganisationen deutlich.

Durch diese Arbeit wurde für die Demokratisierung zweierlei gewonnen: nach innen wurde der Raum und Boden für Demokratie geschaffen, da von Anfang an deutlich war, dass erst die gravierendsten materiellen Mängel behoben, die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse befriedigt werden müssen, ehe sich die Lebensform Demokratie würde ausbreiten können. Durch die breite Hilfsbereitschaft auch aus den Ländern, gegen die Deutschland im Krieg gekämpft hatte und durch das Prinzip, das vor allem mit den CARE-Paketen verbunden war, dass es um eine Gabe von Mensch zu Mensch geht, wurden die Wurzeln für eine später möglich werdende Versöhnung gelegt. Auf diese Weise nahmen deutsche Emigranten wie-

der Verbindungen nach Deutschland auf. Zugleich war es die beispielsweise in der Aufschrift der Corned-Beef-Büchsen der amerikanischen Mennoniten – *In the name of Christ* – zum Ausdruck kommende christliche Nächstenliebe, die das Angebot zur Versöhnung in sich trug. Andererseits waren die menschenverbindenden humanitären Motive, wie sie in der folgenden Anekdote zum Ausdruck kommen, der humanitäre Beweis dafür, dass ein im Namen nationalistischer Ideologien geführter Krieg in seiner Logik sofort zusammenfällt, wenn sich Menschen begegnen, sei es persönlich, sei es über Hilfsaktionen. „Einer der Mitarbeiter des Hilfswerks-Stabes fragte in den Vereinigten Staaten einen Farbigen, als dieser gerade den Traktor auf seiner Farm bestieg, warum er sich denn so tatkräftig an der Sammlung für die Hungernden in Deutschland beteiligt habe, er hätte dort drüben doch gewiss keine Verwandtschaft. Ob er überhaupt wisse, wo Deutschland liege? Nein, das wisse er nicht, aber er hätte gehört, dass in diesem Land die Leute hungerten, und ob das nicht genug sei?“

5. Reintegration in internationale Gemeinschaft

Für die Frage nach dem Zusammenhang von Versöhnung und Demokratisierung nimmt die Reintegration zunächst der deutschen Kirchen und dann auch der deutschen Gesellschaft in die internationalen Organisationen und die internationale Gemeinschaft eine Schlüsselstellung ein.

Den Hintergrund dafür bildete die Überzeugung der amerikanischen Planer, dass es für eine gelingende Abkehr vom nationalsozialistischen Erbe essentiell sei, die damit einhergehenden „spirituellen Isolation“ zu überwinden. Schon im Juni 1946 wurde in einem Planungsdokument formuliert: *„The Nazi heritage of Germany’s spiritual isolation must be overcome by restoring as rapidly as possible those cultural contacts which will foster the assimilation of the German people into the society of peaceful nations.“*

Der Weg zu dieser Überwindung wurde in der Herstellung internationaler kultureller Kontakte gesehen, die eine „Assimilation des deutschen Volkes in die Gemeinschaft der friedlichen Nationen“ fördern sollte. Für die Bildung neuer, die nationalen Grenzen transzendierender Netzwerke erschienen die Kirchen in besonderer Weise geeignet, da sie zum einen an bereits bestehende ökumenische Kontakte anknüpfen konnten und da sie ihrem Wesen nach übernational strukturiert sind. Die Reetablierung religiöser Kontakte über die deutschen Grenzen

hinweg wurde auf einer Konferenz der *Religious Affairs Officers* sogar als missionarische Tätigkeit bezeichnet.

Vergleichbar den individuell ausgerichteten *exchange*-Programmen für Studierende und Professoren wurde auf kirchlicher Ebene die existentiell erfahrene Konfrontation mit anderen Denk- und Glaubensweisen innerhalb wie außerhalb der eigenen Konfession auf dem Weg zu einer dauerhaften Demokratisierung Deutschlands und damit einhergehenden Integration in die internationale Gemeinschaft intendiert und praktiziert. Die Kontakte der kirchlichen Organisationen mit ihren jeweiligen Schwesterorganisationen im Ausland ermöglichten den Austausch von Personen sowie materielle Unterstützungen. Diese organisatorische Unterstützung und Ermöglichung gehörte zu den ständigen Aufgaben der Mitarbeiter der Abteilung für *Education and Religious Affairs*. Insbesondere die Einladungen amerikanischer und britischer Kirchen an deutsche Kirchenvertreter zu Aufenthalten in den USA und Großbritannien festigten die internationalen Beziehungen. Die generelle Intention der Überwindung der geistigen Isolation der nationalsozialistischen Zeit fand ihre institutionelle Konkretion insbesondere in zwei Entwicklungen, die für die Internationalisierung und Öffnung der kirchlichen Arbeit von Bedeutung waren.

Bereits unmittelbar nach Kriegsende bemühten sich Repräsentanten der Ökumene um die Wiederaufnahme von Beziehungen zur deutschen evangelischen Kirche. Der im Prozess der Gründung befindliche Ökumenische Rat der Kirchen sollte ein Forum sein, in dem auch die evangelische Kirche Deutschlands Kontakte pflegen sollte. In den Jahren nach dem Ende des Ersten Weltkriegs hatten die Auseinandersetzungen um die Frage der Kriegsschuld die ökumenische Bewegung belastet – dies wollte man nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vermeiden und erhoffte seitens der Ökumene, dass die Vertreter der deutschen Kirchen sich zu einer „Äußerung ihrer Mitschuld an dem, was in den zurückliegenden Jahren geschehen war“ entscheiden konnten. Mit der Stuttgarter Schulderklärung, die am 19. Oktober 1945 einer ökumenischen Delegation übergeben wurde, wurde der Weg für eine Wiederherstellung der ökumenischen Kooperation geebnet. Die Integration der deutschen kirchlichen Aktivitäten in diejenigen der Weltgemeinschaft lagen auf einer Linie mit den Reeducationbemühungen der Amerikaner, die unter den Stichworten *civic responsibility* und *interfaith relations* diese Tätigkeiten unterstützten.

Zu den Bemühungen um eine Internationalisierung der kirchlichen Arbeit gehörte die Förderung der Entstehung von *councils*, die durch die Förderung und Praktizierung des interreligiösen Dialogs interreligiösen, insbesondere antisemitischen, Spannungen entgegenwirken und ihrer Überwindung dienen sollten. Der Fokus lag auf der Einrichtung jüdisch-christlicher Kooperationen. Im August 1947 hatte General Clay die Schaffung von *interfaith councils* in der amerikanischen Zone als Mittel zur Förderung demokratischer interreligiöser Beziehungen vorgeschlagen und eine Einladung an den Präsidenten der amerikanischen *National Conference of Christians and Jews*, Everett R. Clinchy, ausgesprochen, als *liaison representative* nach Deutschland zu kommen, um vergleichbare Zusammenkünfte auch hier aufbauen zu helfen. So wurden seit Frühjahr 1948 in verschiedenen Städten Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit gegründet, denen auch im Rahmen sogenannter DM-Projekte von 1950 besondere Förderung zukam. Bis 1950 waren in Stuttgart und Karlsruhe, sowie in zwei weiteren Städten der amerikanischen Zone christlich-jüdische Gesellschaften gegründet worden, die jeweils über ein eigenes Büro verfügten.

Neben der Förderung dieser Institutionen durch die amerikanischen DM-Projekte durch Fortbildungsveranstaltungen mit Gastexperten, Konferenzen mit Leitern von theologischen Seminaren und Lehrerausbildungsstätten, sowie durch namhafte finanzielle Unterstützungen wurden Rundreisen von Teams mit Vertretern der katholischen, protestantischen und jüdischen Gemeinde organisiert. Diese *tri-faith teams* besuchten Schulen, Lehrerausbildungsstätten, Gemeindeforen und religiöse Einrichtungen in 12 Städten und veranstalteten Podiumsdiskussionen, die durch die Präsentation ihrer unterschiedlichen Glaubensweisen und theologischen Positionen als „effektivstes Mittel zur Schaffung von gegenseitigem Respekt und Verständnis“ betrachtet wurden. Mit der Förderung der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit im Rahmen der interreligiösen Arbeit liegt ein weiteres Beispiel für den Versuch der Reeducation vor, durch diskursorientierte Methoden und Veranstaltungen und die Auseinandersetzung mit dem Anderen die Schaffung einer pluralistischen Gesellschaft durch die Verleihung von Kompetenzen im Umgang mit sozialer wie religiöser Vielfalt zu fördern und zugleich das Fundament für Versöhnung zu legen.

6. Fazit – systematisch-theologische Überlegungen

Weniger ein Fazit als vielmehr zwei abschließende Bemerkungen sollen am Ende dieses Vor-

trags stehen. Demokratisierung als gestalteten Übergang von einem erzwungenen Einheitskonzept des Nationalsozialismus hin zu einem konstruktiven Umgang mit Pluralität und Differenz lässt für die Frage nach Versöhnung festhalten, dass es bei Versöhnung durch Demokratisierung nicht um die Vereinheitlichung oder Harmonisierung bestehender Differenzen geht, sondern darum, wie diesen Differenzen reflektiert Rechnung getragen wird, ohne dass es ein beliebiges Nebeneinander wird oder bleibt.

Die Sicht auf Religion als Quelle moralischer und spiritueller Ressourcen wie sie in der Reeducationpolitik begegnet, lässt Religion sowohl in ihrer system- und gesellschaftsstabilisierenden Funktion als auch in der kritischen und selbstkritischen Funktion plastisch werden. Für eine theologische Auseinandersetzung mit Konzepten von Versöhnung heißt das dann, dass die Kritik, die von außen, von einem Dritten auf diese Versöhnung fällt, sowohl den kritisch-kontroversen Diskurs als auch die Notwendigkeit von Differenz kein Unfall, sondern elementarer Bestandteil ist. Versöhnung durch Demokratisierung könnte dann auch heißen, dass die Erkenntnis, dass alle beteiligten Positionen auf gleicher Ebenen diesem kritischen, aber auch lebensermöglichenden Dritten gegenüberstehen und in der Bezogenheit auf ihn, zur Versöhnung fähig und bereit werden.

Aus einer theologischen Perspektive bleibt zu fragen, ob der Begriff der Versöhnung nicht ein umfassendes Ziel darstellt, dessen Erreichung in eschatologischer Zukunft liegt. Als Zielbestimmung jedoch fokussiert sie die demokratisierenden Bemühungen um einen gestalteten und strukturierten Pluralismus so, dass es um kooperativen und kreativen Umgang mit Differenz geht.

Wie ein solcher Weg exemplarisch konzeptioniert sein konnte, wurde hoffentlich an den Aspekten aus der Phase der Reeducation nach 1945 deutlich.

Dass der Weg zur Versöhnung auch in einer Demokratie längst kein abgeschlossener sein kann, bleibt Aufgabe für theologisches, soziologisches und politisches Nachdenken.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.